

WOLFGANG FRITZ HAUG

Ist Wirtschaftlichkeit ein Kriterium für Wissenschaft? Zur Frage der Grenzen des Kapitalismus¹

1. Unbestreitbar ist Wirtschaftlichkeit ein Kriterium für Wissenschaft

Die Heidelberger Ringvorlesung zur Hochschulreform trägt den Obertitel „Abgott Wirtschaftlichkeit“. – Ein Abgott oder Götze ist das Produkt einer falschen Vergöttlichung. Abgott zu sagen klagt eine Fehlbesetzung in der Werteordnung an: Einer Sache oder Instanz wird ein Platz zugewiesen, der ihr nicht zusteht. Doch was ist hier die Sache? Nehmen wir sie zunächst beim Wortlaut unserer Leitfrage: Ist Wirtschaftlichkeit ein Kriterium für Wissenschaft? Wissenschaft meint hier offenbar öffentliche Wissenschaft. Denn dass für private, zumal in Gewinnabsicht bezahlte Lohnforschung die „Wirtschaftlichkeit“ ein Kriterium ist, bedarf keiner Begründung. Allen Beteiligten ist bewusst: Solche Wissensarbeit soll Mehrwert eintragen. Auf die Form, in der dies geschieht, komme ich zurück.

Selbst der Mäzen, der keinen pekuniären Gewinn erwartet, erwartet doch einen immateriellen Gewinn in Gestalt des Prestiges, das ihm allerdings nur zuwächst, wenn er sein Geld für einen allgemein als nützlich angesehenen Zweck spendet. Von den mit diesem Geld bezahlten Forschern wiederum können Mäzen und Öffentlichkeit mit Recht erwarten, dass sie „wirtschaftlich“ damit umgehen und etwas entsprechend

¹ Beitrag zur Ringvorlesung „Abgott Wirtschaftlichkeit“ im Rahmen des Studium Generale der Universität Heidelberg, gehalten am 21. Mai 2007.

Zweckdienliches tatsächlich herausspringe. Bei der öffentlichen Wissenschaft verhält es sich nicht völlig anders. Warum sollten die Steuerzahler als Geldgeber nicht erwarten dürfen, dass etwas in ihren Augen Nützliches herausspringe und dass mit ihrem Geld ebenso sparsam wie effektiv umgegangen werde. Sollte das gemeint sein, ließe sich unsere Frage schnell beantworten: Selbstverständlich ist in diesem Sinn Wirtschaftlichkeit ein Kriterium für Wissenschaft.

Da nun von Geld und Menschen die Rede ist, werfen wir mal einen Blick auf die Größenverhältnisse. Die nicht ganz neuen Zahlen habe ich vorgestern von der Internetseite des Wissenschaftsrates heruntergeladen:

Hochschulausgaben 2004 insgesamt: 30,5 Milliarden €

Akademische Population im WS 2005/6 gut 2 ¼ Millionen, davon Studierende ca. 1,95 Millionen (0,4 % weniger als 2004/5; Studienanfänger 3,5 % weniger).

Forschungsausgaben (F&E) der BRD (alle öffentlichen und privaten Gebergruppen) 2007 ca. 50 Milliarden € Davon MPG 1,05 Milliarden; DFG 1,41 Milliarden; Helmholtz-Zentren 1,82 Milliarden;² Forschungsbauten 596 Millionen. Zur Forschungspopulation fand ich keine Angaben.

Auch wenn öffentliche Wissenschaftseinrichtungen so wenig wie kirchliche Einrichtungen eigentliche Wirtschaftsbetriebe sind, lassen sie sich doch als solche beschreiben. Das von ihnen Getragene geht darin nicht auf, aber es muss wirtschaftlich getragen werden. Sie sind also nicht nur, aber auch beurteilbar nach Kriterien rationaler Mittelverwendung.

Wissenschaft steht dabei für wissenschaftliche Wissensproduktionen und zugleich für wissenschaftliche Ausbildungen einschließlich des Sonderfalls der Ausbildung zur wissenschaftlichen Wissensproduktion und/oder zur Ausbildung für diese. An die diversen Ausbildungstitel sind Rechte gebunden, die den Zugang zu traditionell ständisch regulierten Berufen zusammen mit den entsprechenden Einkommen regeln.

² Für 2007 werden für die Helmholtz-Zentren ein Jahresbudget von 2,3 Milliarden Euro und 25700 Mitarbeiter angegeben (Schwägerl 2007).

Im Kommunistischen Manifest steht zwar: „Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“ (4/466)

Doch das beschreibt eher eine Tendenz und ein weitergehendes Ringen als ein definitives *fait accompli*. Universitätsprofessoren gehören als Beamte zu den eher ständisch verfassten Gruppen, die sich der Ausdehnung der Marktbeziehungen auf ihre eigenen Bedingungen widersetzen, obwohl nicht wenige von ihnen den Markt zu nutzen wissen. Im Handumdrehen können sich solche ständischen Gruppen in Pressure groups verwandeln, denen es darum geht, vom Reichtums-kuchen ein größeres Stück für sich abzuschneiden.

Zurück zur Frage der Wirtschaftlichkeit von Wissenschaftseinrichtungen. Sie betrifft die rationale Verwendung der Mittel. Ob die Zwecke jeweils rational sind, ist eine andere Frage. Max Weber, dieser Organisationsrationalist par excellence, erklärt sie letztlich zu irrationalen Setzungen. Doch die Philosophie hat sich zu allen Zeiten mit der Frage der Vernünftigkeit von Zielen befasst. Seit der klassischen antiken Philosophie führt diese Frage direkt zur Frage nach der vernünftigen Gestaltung der Gesellschaft. Die politische Kunst, die *politikée téchnee*, erklärt schon Demokrit, gefolgt von seinem geschworenen Feind Platon, dann Aristoteles, ist die größte aller Technen (F 157). Und: *pólis gàr eû agoménee megístee órthosis esti* (F 252), das gut geführte Gemeinwesen ist von allem das Richtigste. Zweifel an solcher Richtigkeit führen uns heute zusammen, das Gefühl, dass man unverzichtbare Ansprüche an Wissenschaft und Universität einem Götzen, dem Markt, opfert.

2. Wirtschaftlichkeit ist ein Deckwort (überallgemein)

Wie bei allen Fragen kommt es darauf an, was man unter ihren Kategorien versteht, hier unter „Wirtschaftlichkeit“. „Wirtschaft“ fungiert hier wie ein freudsches Deckwort. Bohrt man nach, stößt man auf Profitabilität. „Ist Profitlichkeit ein

Kriterium für Wissenschaft?“ So würde niemand fragen. Doch auch die als freies Unternehmertum institutionalisierte private Veranstaltung zur Erzielung finanziellen Gewinns im Konkurrenzkampf mit ihresgleichen und im Austausch mit den allen, die auf ihre Waren zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse angewiesen sind, erklärt letzteres zu ihrem quasi allgemeinen Nutzen und verwickelt sich dabei in einen unheilbaren Widerspruch von Norm und Faktum: Der proklamierte Wirtschaftszweck ist die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse oder, philosophisch gesprochen, der konkrete Reichtum. Der tatsächliche Zweck ist die private Gewinnerzielung oder der abstrakte Reichtum. Die Gesellschaft und ihre Mitglieder sind nur die Umwelt des Systems, sagt Luhmann. Man versteht daher, warum dieses System sich das genaue Hinsehen auf die Kriterien von Wirtschaftlichkeit verbietet und verbittet. Die Abgötter des Marktes (*idola fori*), bilden eine Kette falscher Abbilder. Die „Wirtschaft“ in dieser Kette ist nicht die Wirtschaft, der „Markt“ nicht der Markt, der „Nutzen“ nicht der Nutzen, der „Erfolg“ nicht der Erfolg.

Marx hat klar vorhergesehen, wie sich der Charakter der Wissenschaft ändert, sobald sie der Wirtschaftlichkeit im Sinne der Profitlogik unterworfen wird: „Die Erfindung wird dann ein Geschäft und die Anwendung der Wissenschaft auf die unmittelbare Produktion selbst ein für sie bestimmender und sie sollizitierender Gesichtspunkt.“ (23/600) „Ist die Vermehrung des abstrakten Reichtums ein Kriterium für Wissenschaft?“ Selbst wo Regierende (die so nie sprechen würden) das so sehen, heißt das natürlich keineswegs, dass wissenschaftliche Forscher und Lehrer durch ihre Tätigkeit den Wert ihrer Gehälter und der verbrauchten Sachmittel plus einem Wertzuwachs erwirtschaften müssten. Im Gegenteil, man wird sie mit Geldern überschütten, wobei das Vergabekriterium die kapitalistisch profitable Verwendung ihrer Resultate ist, ein Kriterium, für das die ungesicherte bloße Vermutung ausreicht und das einen weiten Zeithorizont einbeziehen kann. Reichlichst fließen Mittel in Branchen wie Stammzellen- oder Hirnfor-

schung. Hier hat man Mühe, die Gelder termingerecht auszugeben.

Wieso glauben Geldgeber an eine solche Möglichkeit? Demokratisch gewählte Umverteiler von Steuergeldern müssen zudem bestrebt sein, nicht ihren persönlichen, sondern einen öffentlich akzeptierten Glauben zum Kriterium ihrer Vergabeentscheidung zu machen. Hier spielt ein Mechanismus mit, der jedem Kaufakt zugrunde liegt: das Gebrauchswertversprechen. Dies im Doppelsinn wie bei jeder Ware: Die Verkaufsinteressenten geben an, die Sache habe den wünschenswerten Gebrauchswert, die Kaufinteressenten versprechen sich den angegebenen Gebrauchswert von der fraglichen Sache. Das lässt sich beobachten am Verteilungskampf um öffentliche Fördermittel. Wie das Klappern zum Handwerk, gehört das Angeben zur jeweiligen Trendwissenschaft. Phantasmen bilden, wo sie handlungsbestimmend werden, eine real wirkende Macht, zumindest temporär und mit periodischer Ernüchterung. Dies gilt zumal für die Börse und das Verhalten der Anleger.

„Die erfolgsentscheidende Aufgabe des Unternehmens lautet daher: „Management der Erwartungen“ oder „Anheizen der Spekulation““ (NZZ, 1./2. April 2000). Der Börsenwert von Internetfirmen lässt sich steigern, wenn es gelingt, „den Nerv des Kollektivbewusstseins zu treffen, also jene massenpsychologische Intuition zu erfassen, die die Wurzel der Internetphantasie an den Aktienmärkten ausmacht.“ Zur Zeit der *New-Economy*-Spekulationsblase herrschte unter Naturwissenschaftlern eine wahre Goldgräberstimmung. Sie schlug selbst in die altehrwürdige Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte durch. „Wo immer man den Spaten ansetzt, wird man fündig“, sagte deren Präsident Ernst-Ludwig Winnacker auf ihrer 121. Jahrestagung. „Fast jeder, der einen Stein aufhebt, kann darunter einen Diamanten finden.“ (2000) Der Diamant stand für die Metamorphose des Wissenschaftlers in den Unternehmer, zumindest für Einkünfte aus intellektuellem Eigentum. Ich komme darauf zurück.

Die Diskussion geht in eine Falle, wenn sie sich von überallgemeinen Deckwörtern die Alternativen vorgeben lässt. Wirtschaftlichkeit ist ein Kriterium für Wissenschaftlichkeit, die einen. Wirtschaftlichkeit ist kein Kriterium für Wissenschaftlichkeit, die anderen. Eliten ja, die einen, Eliten nein die anderen. Solches Entweder/Oder in überallgemeinen Begriffen verdeckt die wahren Alternativen, denen in der Wirklichkeit nicht ausgewichen werden kann: Was verstehen wir unter Wirtschaftlichkeit von Wissenschaft? Welche Art von Elite braucht ein demokratisches und soziales Gemeinwesen? Den Kritikbegriff „Abgott Wirtschaftlichkeit“ des Heidelberger Studium Generale muss man also seinerseits zurechtrücken. Eben weil „Wirtschaft“ ein Deckwort für Kapitalismus ist. Taucht dahinter der Abgott Kapitalismus auf?

Geht man dem Wortsinn und der Begriffsgeschichte von Ökonomie nach, wird man Oskar Negts Eindruck bestätigt finden, dass im Blick auf „Maßverhältnisse von Gesellschaftsordnungen [...] das Denken der antiken Welt von geradezu bestürzender Modernität“ ist (2001, 229). Das Stammwort *oikos* meint das Haus. Wenn Aristoteles (Pol. I.3) von *oikonomía* spricht, so übersetzt der „latinus“ diesen Term mit *domus administrandae ratio* (*Opera Omnia*, I, 484). Vielleicht hatte Olof Gigon dies vor Augen, als er *oikonomía* mit „Hausverwaltung“ wiedergab (*Politik*, I.3, 50). Aristoteles diskutiert den Zusammenhang der *oikonomía* mit der *ktetiké*, der *ratio rei quaerendae*, dem Beschaffungswesen – Gigon übersetzt irreführend mit „Lehre vom Besitz“ (a. a. O., 51). Dieses gilt ihm als unabdingbarer Teil jeder *oikonomía*; dagegen stellt die *chrematistiké*, *rei numerariae parandae ratio*, die auf Gelderwerb zielende Aktivität, die Gigon verharmlosend mit „Erwerbskunst“ übersetzt (ebd.), Aristoteles' Einsicht zufolge ein Problem fürs Gemeinwesen dar, weil sie grenzenlos ist und sich von den konkreten Bedürfnissen der einzelnen wie des Gemeinwesens abkoppelt. Diese Problematisierung verstehen wir sofort, denken wir etwa an eine Medizin, deren

bestimmender Zweck nicht die Gesundheit, sondern das Geld wäre.

Ökonomie ist zuerst und zuletzt immer „Hauswirtschaft“, wenn wir Haus in einem weiteren Sinn verstehen. Nehmen wir beiläufig zur Kenntnis, dass bei uns gerade die Hauswirtschaft im unmetaphorischen Sinn nicht unter „Wirtschaft“ mitgerechnet wird.³ Daher Oskar Negts Argument, dass Wirtschaft im Kapitalsinn nicht die „Wirtschaft des ganzen Hauses“ sei. Nur die partikuläre Wirtschaft ist ein Abgott, wenn sie zur ganzen aufgebläht wird. Die Frage nach den Kriterien letzter Instanz, das heißt, die Frage nach den Kriterien der vergleichenden Beurteilung von Kriterien führt letztlich auf die Frage an die Gesellschaft, wie sie sich im Bewusstsein ihrer Geschichte und Kultur in die Zukunft hinein entwirft.

³ Eine Familienzeitbudget-Studie Marburger Ökonomen kam 1987 zu dem Ergebnis, das Bruttosozialprodukt (1,6 Bio. DM) müsse um 70% Prozent (1,1 Bio. DM) aufgestockt werden für „in den Familien geleistete unentgeltliche Arbeit“ (FAZ, 3.1.1987). Da die ökonomische Formbestimmtheit nicht gegeben ist, die das Produkt dieser Arbeit in Wertform brächte, ist der angenommene Preis nicht nur fiktiv, sondern widersinnig. Sinnvoll vergleichbar an warenproduzierender und an familialer Konsumarbeit sind einzig die Arbeitszeiten. Macht man aber die kapitalistische Realfiktion mit, dass Arbeit und nicht Arbeitskraft bezahlt wird, mag man nichtmonetarisierte Arbeit ein Wertprodukt zuordnen. In diesem Sinn schätzte der *Human Development Report* UNESCO 1985 das fiktive Wertprodukt unbezahlter Frauenarbeit weltweit auf 11 Billionen Dollar bei einem offiziell geschätzten Weltgesamtprodukt von 23 Billionen. Die unbezahlte Männerarbeit wurde auf 5 Billionen beziffert. Zur Ermittlung dieser Zahlen wurden die Ersatzkosten für Dienstleistungen im familiären Bereich eingesetzt (Wäsche waschen, Essen usw.). Einer Berechnung des deutschen Familienministeriums von 1994 zufolge machen die zu 70 % von Frauen geleisteten unbezahlten (obwohl im Prinzip am Arbeitsmarkt requirierbaren) Tätigkeiten – von der Kinderbetreuung über die Haushaltsführung bis zum Komplex der ehrenamtlich ausgeübten sozial nützlichen Funktionen – ein Drittel des Sozialprodukts aus (vgl. Frigga Haug 1999, 438).

3. Die fortschreitende Unterordnung unter die Kriterien des kapitalistischen Marktes amputiert die Wissenschaft und trägt die Klassenspaltung ins akademische Forschungs- und Ausbildungswesen.

Als Akteur der „Unternehmerisierung“ der deutschen Universität, also ihrer Verwandlung in einen kapitalanalogen Konzern, betätigt sich das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Es präsentiert sich im Internet als „unabhängig, kreativ und umsetzungsorientiert“, in der englischen Fassung als „a think tank for higher education.“ Gegründet 1994 von der Bertelsmann-Stiftung (die nach eigenen Angaben ca. 75% des Budgets oder 3,2 Millionen €/Jahr beisteuert) und der Deutschen Rektorenkonferenz, drängt es auf die Einführung von Studiengebühren bei Auswahl- und Kapazitätskompetenz der einzelnen Hochschulen, also auch auf die Abschaffung der Kapazitätsverordnung. Nicht zuletzt besorgt es im Bunde mit der ZEIT die Etablierung der Rangordnung, das sogenannte „Ranking“ der Hochschulen (nach Drittmitteln, Publikationen, Absolventenausstoß usw.), einschließlich „Employability Rating“ und „Forschungsranking“. Eine der ersten, heute bereits eher harmlos wirkenden Proben aus dem „Wortschatz des Ne-Akademischen Effizienzlertums (NAE)“ hat Wolfgang Kemp 2003 zusammengestellt: „Exzellenz, [...] Qualitätskultur oder Quality Culture, Implementierung, Kernkompetenzen, workload, Profilbildung, [...] Zielvereinbarungen, Modul(arisierung), Matrix, mission statement“ (FAZ, 7.11.03).⁴ Kriterien des Forschungsranking sind u. a. Drittmittelausgaben, Publikationen, Patente/Erfindungen⁵, d. h. kapitalistisch verwertbare Konkurrenzaffen, genannt Innovationen, ferner Promotionen,

⁴ „Die meisten dieser Vokabeln sind inzwischen allen geläufig, die von der Reform erfasst werden, weitere kommen beständig hinzu.“ (Draheim/Reitz 2007)

⁵ Geprüft wird, ob der Name von Professoren in der Patentdatenbank des Deutschen Patentamts auftaucht, sei es als Anmelder oder Erfinder, sei es, wenn die Rechte auf Dritte übergegangen sind, als „alter Erfinder oder Anmelder“.

Reputation. Solche Bewertungen sind sich selbst verstärkende Eingriffe in den Markt, die einer Agentur wie dem CHE mit seiner einseitig kapitalzugewandten „Unternehmerisierungs-ideologie“ eine enorme Macht verleiht, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Ähnliches gilt für die jeweilige Hochschulspitze. Das Management der „unternehmerischen Hochschule“ soll, um erfolgreich an der Vermarktung von Ausbildung und Wissen teilnehmen zu können, weiter zentralisiert und vertikalisiert werden. Die Organisation wird kapitalanalog, der Hochschulpräsident eine Art Generaldirektor. Die freie Marktwirtschaft des Wissens gerät in Konflikt mit der Freiheit der Wissenschaft.

Einer der Protagonisten der „unternehmerischen Hochschule“, der frühere Präsident der Europa-Universität Frankfurt/Oder, Hans N. Weiler, Professor an der Stanford University, sieht im Zusammenstoß der Marktorientierung der Hochschule mit dem „Recht des einzelnen Hochschullehrers auf die autonome Entfaltung seiner wissenschaftlichen Persönlichkeit“ den „Hauptwiderspruch“. Denn die Schaffung eines Firmenprofils, analog zu einem Markenzeichen, erfordere „eine Mobilisierung aller Mitglieder der Hochschule auf ein gemeinsames Ziel“. Ihr Personal bestünde im Idealfall dieser Konzeption der Form und Besoldung nach noch aus öffentlichen Angestellten oder Beamten, deren fachliche Direktoren aber dem Inhalt nach als eine Art Lohnunternehmer des Kapitals fungieren würden.

Dieses Konzept der kapitalanalogen „Unternehmerisierung“ der Hochschulen orientiert, wie der Münsteraner Erziehungswissenschaftler Jürgen Helmchen ganz richtig erkannt hat, auf „Fiktionen beruflicher Anwendungen“ für die Masse „und Wissenschaftsorientierung für eine kleine Minderheit der Studierenden und Lehrenden“, und aus *Rechtsaufsicht* wird *Fachaufsicht* (Helmchen 2005, 34). Im Resultat ist dann „die individuelle Aufnahme eines Studiums [ist] weder ein Recht noch ein (Selbst-)Zweck, sie ist ein Mittel [...] für einen Maßstab, der außerhalb der Person [...] liegt“ und „immer nur einen flüchtigen verwertungsrelevanten Ausschnitt komplexer

humaner Fähigkeiten“ erfasst (Bultmann 2004, 35). Wo ferner die Studierenden zur Evaluierung ihrer akademischen Lehrer aufgerufen werden, determinieren die in den Fragebögen vorgegebenen Fragen zumeist bereits das Resultat. Wer die Fragen beantwortet, wird dabei unversehens zum Akteur des Anpassungsdrucks auf die Lehrenden. In die vermeintliche Elitenbildung wird dadurch die Volatilität des Marktes hineingetragen. Anders gesagt: diese Art der Formierung ist nicht nur Deformierung, sondern Fragmentierung; sie geht mit einer Bornierung durch momentane Erfolgskriterien einher, die den nachhaltigen Erfolg aufs Spiel setzt.

Zeichnet sich dadurch die sogenannte „Wissensgesellschaft“ aus, dass sie die Einheit von Forschung und Lehre zerschlägt und das Wissen für den größten Teil der Nachwachsenden selbst noch der höheren Bildungsschichten auf eine Art Readers' Digest Niveau reduziert? Einem „Reservoir [...] relativ anspruchsloser und anpassungsfähiger Wissensarbeiter“ (Reitz / Draheim 2006, 380) stünde damit eine fragwürdige Elite mit arbeitsteiligen Spitzenqualitäten gegenüber, der mittelmäßigen Massenuniversität die Eliteschmiede.

4. Panische Anpassung an den transnationalen High-Tech-Kapitalismus

Es ist an der Zeit, einen Blick auf das dramatisch sich wandelnde gesellschaftliche Umfeld zu werfen. Wir kommen nicht darum herum, den Rahmen unseres Landes und seiner Bevölkerung vielleicht nicht zu verlassen, aber doch zurückzunehmen, und Wirtschaftlichkeit unter Bedingungen der Globalisierung denken. Freilich ist auch Globalisierung wiederum ein nebulöser Ausdruck.

Der Oldenburger Erziehungswissenschaftler Wolfgang Nitsch hat nach den „tieferen Strukturveränderungen“ gefragt, „die diese einschneidenden Studiensystem-Transformationen

bewirken oder sich durchsetzen lassen“.⁶ Er lenkt die Aufmerksamkeit auf die „neuen Grundstrukturen der postfordistischen und globalisierten kommunikationstechnologie- und wissensbasierten Ökonomie“ (41). „Diese neueste kapitalistische Wirtschaftsformation“, sagt er, „erfordert offenbar weniger hochqualifizierte und wissenschaftlich Ausgebildete als oft prognostiziert. Sondern ihre spezifische kapitalistische Verwertungslogik erzwingt sogar eine stärkere Substitution hochqualifizierter und teurer Arbeitskräfte [...] durch kommunikations- und informationstechnologische Hard- und Software und damit kombiniertes, gering qualifiziertes Service-Personal. Außerdem erzwingt sie eine Begrenzung und einseitige Lenkung von wissensbasierten Innovationsprozessen durch die für kurzfristige Kapitalverwertung [...] erforderliche Aneignung und Kontrolle des Wissens durch die Großunternehmen.“ (41)⁷

Nitsch bezieht sich auf Veränderungen, die ich unter dem Begriff des transnationalen High-Tech-Kapitalismus theoretisch zusammenhängend zu erfassen versucht habe (zuletzt 2003). Unter der Leitproduktivkraft der EDV hat sich eine Gruppe neuer Technologien herausgebildet, die ich als Hochtechnologien bezeichne. Zugleich hat die Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien der angewandten Betriebswirtschaft eine eigene Management-Infrastruktur beschert, die kraft der Verdichtung von Raum und damit von Zeit die Ortsbindung des Kapitalbetriebs relativiert hat. Dadurch wurden die Produktionsverhältnisse verändert, die internationale Arbeitsteilung und damit auch die sogenannte Wertschöpfungsketten“ (die vom Standpunkt des Resultats als Wertabschöpfungsketten interessieren) revolutioniert. Wie die Bedeutung der Grenzen der Nationalstaaten wurde auch die der

⁶ Wolfgang Nitsch, „Studienreform, Qualitätssicherung und ihre Folgen“, in: *Forum Wissenschaft*, 22. Jg., 2005, H. 1, 40–43.

⁷ In den hierdurch vom Abstieg bedrohten Mittelschichten verstärkt sich dadurch die Orientierung auf Elite-Hochschulen „für den Statuserhalt ihrer Kinder oder zur ergänzenden Absicherung der eigenen Berufsposition“ (ebd.).

Betriebsgrenzen relativiert. Outsourcing wurde zum Gebot der Stunde. Die Staaten mit konkurrenzstarkem Kapital setzten nach dem Zusammenbruch des europäischen Staatssozialismus die bekannte neue Weltwirtschaftsordnung durch, deren Trinität aus Freihandel, Privatisierung der öffentlichen Sektoren und Deregulierung der Märkte, zumal des Arbeitsmarktes bestand. Die dominanten ökonomischen Akteure sind seither die transnationalen Konzerne. Alle nationalen Sphären sehen sich zunehmender Weltmarkt-Unmittelbarkeit ausgesetzt.

Zu den drei Faktoren der Wirtschaftstheorie – Kapital, Boden, Arbeit –, denen etwa bei Ricardo drei Einkommensarten und damit zugleich drei Gesellschaftsklassen entsprechen, hat sich – in Schüben seit anderthalb Jahrhunderten – ein vierter Faktor hinzugesellt, das Wissen. Wie einst auf Arbeit, Boden und Geld ist auch auf das Produkt allgemeiner Arbeit, das Wissen, der Marktmechanismus ausgedehnt worden. Und wie nach Karl Polanyis Einsicht bei den klassischen Produktionsfaktoren ist auch beim Wissen seine Bezeichnung als Ware „völlig fiktiv“ (Polanyi 1944/1977, 99). Die Einkommensart, die es vermittelt und die wir etwa als Lizenzgebühr kennen, hat Roberto Verzola (1998) „Informationsrente“ genannt. Die hierfür institutionalisierte und in den letzten Jahrzehnten umkämpfte und ausgebaute Eigentumsform ist die „geistige“ der „intellectual property rights“. Sie bildet einen Titel für eine Reichtumsaneignung, die von Arm zu Reich verläuft. Mit ihr ist daher auch eine Front bezeichnet, an der sich viele Konflikte entzündet haben und mehr noch sich entzünden werden. Da die Produktion dieser immer wichtiger werdenden Einkommensquelle den Institutionen von Wissenschaft und Forschung obliegt, rücken diese unweigerlich ins Fadenkreuz der einschlägigen Interessen.

Ein aktuelles Beispiel von vielen: Als der brasilianische Staatspräsident vor 14 Tagen die Eigentumsrechte des transnationalen Pharmakonzerns Merck, Sharp & Dohme an dem retroviralen Anti-Aidsmittel Efarvirenz aufhob, begründete er dies mit dem Argument öffentlicher Wirtschaftlichkeit, momentan

75.000 HIV-Infizierte damit kostenlos versorgen zu können. Zur Erinnerung: Für die Produkte der auf Medikamententwicklung spezialisierten Wissenschaft, der Pharmakologie, gibt es zwei Namen: den Markennamen und die chemische Substanzbezeichnung oder den Namen des sogenannten Generikums. Bei der Ware ist der Gebrauchswert oder das Generikum Träger des Tauscherts, haben wir bei Marx gelernt. Ein Markenartikel ist eine Monopolware, sein Preis ein Monopolpreis. Als markenloser Artikel unterliegt ein Produkt dagegen der Konkurrenz. Der Marktpreis schwankt hierbei um Kostpreis plus Durchschnittsprofit. Eine Dosis des Efarvirenz-Generikums, aus Indien importiert, kostet den brasilianischen Staat 32 Cent, als Markenartikel von Merck 121 Cent, also knapp das Vierfache. Der indische Preis entspräche dem Weltmarktpreis. Er enthält Kosten und Profit der indischen Hersteller. Die Differenz zum Merckpreis beziffert den Extraprofit des Monopolisten, von dem dieser freilich u. a. seine Forschungskosten bestreitet. Brasilien aber, mit den knappen Mitteln eines Schwellenlandes wirtschaftend, wird in den nächsten 5 Jahren 240 Millionen US-Dollar einsparen.

Was in Frage steht, ist die Hochschule des transnationalen High-Tech-Kapitalismus. Ihre Sprache ist englisch, ihr Horizont transnational, ihre Standards sind vorerst noch amerikanisch (Stanford, Harvard). Ihr Erfolg bemisst sich in hochtechnologischen Patenten und der globalen Anziehung einer Elite von Forschern und Studenten. Studiengebühren, Aufnahmeprüfungen Stipendienwesen bilden Säulen dieses angezielten Systems. Dieses Konzept zielt darauf ab, „für den Besuch ausfinanzierter, gut ausgestatteter Spitzen- oder Elitehochschulen marktgerechte Studiengebühren zu nehmen und alle, die sich diese zusätzlichen Studienkosten nicht leisten können, auf überfüllte und unterfinanzierte Massenhochschulen in strukturschwache Regionen zu verweisen“ (Keller 2004).

Auf jeden Fall geht es um die wettbewerbsstaatlich motivierte Umlenkung gigantischer Ressourcen in export- und konkurrenzrelevante Forschung und Entwicklung.

Nach dem Muster der Exportindustrie geht es dabei um die Abkoppelung der Filetstücke der deutschen Universitäts- und Forschungslandschaft vom eignen Land und ihre Einklinkung in den akademischen Weltmarkt. In der Tat war ja über viele Jahre das transnational aktive deutsche Kapital Exportweltmeister, während das Land stagnierte und noch bis vor einem Jahr als „kranker Mann“ Europas galt. Das Spitzenpersonal aber reiht sich als eine Gruppe unter anderen dem ein, was man als Herausbildung einer transnationalen herrschenden Klasse beschrieben hat.

Dies – und nicht die Bedürfnisse der sogenannten „Wissengesellschaft“ – wäre es dann, was die von Nitsch beschriebene Klassenspaltung des nationalen Wissenschaftspersonals – er nennt sie nicht so – erklären könnte.

Der Begriff der Klassenspaltung ist nicht unmissverständlich, weil er suggeriert, zuvor hätte eine Art sozialer Homogenität geherrscht. Diese ist zumindest im funktionalen Sinn in der Wissenschaft sinnwidrig, da sie wohl unaufhebbar „meritokratisch“ strukturiert sein wird. Nun aber werden die meritokratischen Schichten – unterstellen wir einmal, sie seien rational begründet – transversal gespalten, um den akademischen Nachwuchs „stärker für Führungspositionen und untergeordnete Stellungen vorzusortieren“ (Reitz/Draheim 2006, 373).

Am unteren Ende der skalaren – nicht unbedingt der funktionalen – Ordnung häuft sich ein akademisches Prekariat. Es lässt sich als Sonderfall eines gesellschaftsweiten, von den Mittelschichten bis zur Facharbeiterschaft reichenden *downsizing* begreifen, der status- und einkommensmäßigen Deklassierung und, gemessen an den historisch gewachsenen und erkämpften Kriterien, der Überausbeutung durch Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung. An den Hochschulen trifft man diese Prekarier im Umkreis eines Typs von im Einwerben von Drittmitteln besonders erfolgreichen Professoren, die mitunter einen Stall junger Forscher um sich haben, die entweder bereits mit Werkverträgen zeitweilig beschäftigt sind oder Projekt-

anträge schreiben, um künftig mit Werkverträgen zeitweilig beschäftigt werden zu können.

5. Wissenschaft als Hauptproduktivkraft (subjektiv wie objektiv: im Blick auf die Qualifikation der Arbeitenden wie auf die Beschaffenheit der Produktionsmittel)

Drehen wir unsere Frage um: „Ist Wirtschaftlichkeit ein Kriterium für Wissenschaft?“ Zweifellos ist sie das! Einschließlich derjenigen Wissenschaften – oder vielleicht bescheidener ausgedrückt: Verfahrenslehren –, die sich auf Organisation und betriebliche Rationalität beziehen. Die fundamentale Bedeutung wissenschaftlichen Wissens für die Produktion, eine Entdeckung, von der die These der „Wissensgesellschaft“ zehrt, ist allerdings nicht eben neu. Bereits vor anderthalb Jahrhunderten hat Marx sie aufgrund empirischer Beobachtung in England theoretisch auf den Begriff gebracht: „das Kapital hat erst die ihm entsprechende Produktionsweise gesetzt [...] als technologische Anwendung der Wissenschaft. Der Produktion wissenschaftlichen Charakter zu geben, [ist] daher die Tendenz des Kapitals, und die unmittelbare Arbeit herabgesetzt zu einem bloßen Moment dieses Prozesses.“ (*Grundrisse*, MEW 42/595)

Auf jeden Fall ist Wissenschaft eine subjektive wie objektive Produktivkraft zur Entwicklung von Produktivkräften. Oft wird sie sogar selbst als Hauptproduktivkraft bezeichnet. Doch das verkürzt den Zusammenhang von allgemeiner Theorie und spezifischer Applikation. Außerdem werden damit die Arbeitskräfte herabgesetzt, ohne die diese Anwendungen tote Dinge bleiben. Wenn nun aber verstärkt Wirtschaftlichkeit als Kriterium von Wirtschaftlichkeit gelten kann, dann versteht man den Rückgriff des Kapitals nach dieser Quelle seiner Verwertungsquellen. Weniger Verständnis verdienen die Wissenschaftspolitiker und Wissenschaftsverwaltungen, die diesem Begehren allzu ungebrochen Rechnung tragen. Denn wenn der Markt auf reduktiver Quantifizierung und damit auf Gleichgültigkeit des in Wahrheit Qualitativen beruht, so verhält es sich bei der Wissenschaft umgekehrt. Selbst wo sie nach quanti-

tativen Relationen forscht, tut sie dies auf qualitativ unvergleichlichen Feldern. Wenn also kapitalistische Erfolgsmessung in Geldausdruck erfolgen kann, so gibt es dafür kein Äquivalent in Wissenschaft und Forschung. Die Parameter, die zur Ökonomisierung herangezogen werden, bleiben der Sache selbst so äußerlich wie die Zahl der tatsächlich angewandten und in Geldflüsse umgesetzten Patente der wirklichen Forschungstätigkeit äußerlich bleibt.

Die immanente Unsinnigkeit vieler Eingriffe tritt an den Tag, indem sie statt der erwünschten zunehmend unerwünschte Wirkungen zeitigen. Zumal das vermeintliche Qualitätsmanagement „ist reines Quantitätsmanagement“ (Markard 2005). Dabei wird den Produkten wissenschaftlicher Arbeit über deren Gebrauchswert hinaus ein fiktiver, in „kabarettreifen Vergleichsoperationen“ (Helmchen 2005, 34) konstituierter Wert implantiert, „durch den prinzipiell Nicht-Kommensurables in Äquivalenzrelationen eingesetzt und damit funktionabel und austauschbar gemacht werden kann“ (Ruschig 2007).

Anders als bei Forschung und Lehre ist es bei der unmittelbar für den Tausch tätigen Arbeit. „Kompliziertere Arbeit“, heißt es dazu bei Marx, „gilt nur als *potenzierte* oder vielmehr *multiplizierte* einfache Arbeit, so dass ein kleineres Quantum komplizierter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit. Dass diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung. [...] Die verschiedenen Proportionen, worin verschiedene Arbeitsarten auf einfache Arbeit als ihre Maßeinheit reduziert sind, werden durch einen gesellschaftlichen Prozess hinter dem Rücken der Produzenten festgesetzt und scheinen ihnen daher durch das Herkommen gegeben.“ (23/59)

Dies gilt aber nur für in Warenwert umgesetzte Arbeit, da der Markt seine Urteile über Erfolg oder Misserfolg in Geldform fällt, dem Medium der Gleichsetzung des Ungleichen schlechthin. Es entspringt einem grandiosen Irrtum, genau durch einen analogen gesellschaftlichen Prozess hinterm Rücken der Beteiligten, wie der Markt ihn darstellt, das Problem des Kriteriums für Wissenschaftlichkeit lösen zu wollen.

Damit stellt sich die Frage nach der Beurteilung des Marktes als Kriterienlieferant für Wissenschaft und Kultur, ja, überhaupt für alle Fragen, die den Zweck und Sinn unserer Lebenstätigkeiten und der für sie geschaffenen Einrichtungen betreffen. Dieses Urteil setzt zweierlei voraus: Ein Verständnis von Markt und eine Klärung des Kriteriums für seine Beurteilung als solcher Kriterienlieferant.

6. Grenzen und soziale „Wieder-Einbettung“ des Kapitalismus (Nachhaltigkeit, öffentliche Güter, Natur- und Menschenschutz)

Die Auswirkungen des historischen Aufstiegs des Kapitalismus brachte Karl Polanyi auf die Widerspruchsformel einer „Verbesserung größten Ausmaßes, die beispiellose Verheerungen in den Lebensumständen des einfachen Volkes bewirkte“ (Polanyi 60). „In unseren Tagen“, notierte Marx vor 150 Jahren, „scheint jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger zu gehen.“ (12/3) Seine Beispiele könnten von heute stammen: „Wir sehen, dass die Maschinerie, die mit der wundervollen Kraft begabt ist, die menschliche Arbeit zu verringern und fruchtbarer zu machen, sie verkümmern lässt und bis zur Erschöpfung auszehrt. Die neuen Quellen des Reichtums verwandeln sich durch einen seltsamen Zauberbann zu Quellen der Not. Die Siege der Wissenschaft scheinen erkaufte durch Verlust an Charakter. [...]4/ All unser Erfinden und unser ganzer Fortschritt scheinen darauf hinauszulaufen, dass sie materielle Kräfte mit geistigem Leben ausstatten und das menschliche Leben zu einer materiellen Kraft verdummen. Dieser Antagonismus zwischen moderner Industrie und Wissenschaft auf der einen Seite und modernem Elend und Verfall auf der andern Seite, dieser Antagonismus zwischen den Produktivkräften und den gesellschaftlichen Beziehungen unserer Epoche ist eine handgreifliche, überwältigende und unbestreitbare Tatsache.“ (12/3 f)

Aristoteles' und Descartes' Idee, durch Technologie von Arbeit im Sinne sklavischer Mühsal zu befreien, bedeutet in der heute mehr denn je herrschenden Praxis, Menschen von ihrem

Arbeitsplatz und damit von der Erwerbschance zu „befreien“ und die Arbeitszeit der noch fungierenden Lohnarbeitenden zu verlängern und den Lohn zu senken. Tendenziell bleibt keine Sphäre des Sozialen von solchen Verkehren des Reichtumszuwachses in neue Verarmung verschont. In Spanien ging Anfang 2007 die Nachricht durch die Presse, Telefónica habe in den vergangenen fünf Jahren 7.500 Telefonzellen wegen fehlender Rentabilität abgebaut (*El País*, 8.1.07). Ein paar Jahre zuvor hatte in Deutschland die Mitteilung Furore gemacht, dass die Post anderthalbtausend Briefkästen abmontierte, nachdem sie hunderte von Postämtern dichtgemacht hatte. Ist also Wirtschaftlichkeit in diesem Sinn, dass man abbaut, was keinen Profit bringt, ein Kriterium für Telefonzellen? Für Briefkästen? Für Krankentransporte? Für die Feuerwehr? Ist sie für Schulen ein Kriterium? Kann sie für öffentliche Güter im Allgemeinen ein Kriterium sein? Nein, in diesem Sinne auf gar keinen Fall. Eine Gesellschaft fängt an sich zu zerstören, wenn sie ihr Allgemeines, das Allgemeindienliche ihrer Daseinsvorsorge, der privaten Vorteilssuche ausliefert und lieber sein Verschwinden hinnimmt als seine öffentliche Aufrechterhaltung. Das ist kein Plädoyer für „Unwirtschaftlichkeit“ in der Bereitstellung der öffentlichen Güter. Im Sinne der „Wirtschaft des ganzen Hauses“ – oder, wenn man so will, der Volks-Wirtschaft im Wortsinn – muss desto „wirtschaftlicher“ mit ihnen bzw. den für sie erforderlichen Ressourcen umgegangen werden. Nicht dass sie, wie das Staatseigentum im sowjetisch geprägten Staatssozialismus – der Selbstdiagnose in der Zeit der Perestrojka unter Gorbatschow zufolge – als „niemandes Eigentum“ vielfach verrotten oder veruntreut werden, während die Arbeit zur Simulation tendiert (vgl. dazu Haug 1989, 156-81)!

Hinzu kommt ein weiteres: Indem die Partikularinteressen direkt auf die Wissensproduktion wie auf die wissenschaftliche Ausbildung durchgreifen, untergraben sie beides. Ihre langfristigen Interessen opfern sie den kurzfristigen. Vor allem aber läuft dies dem Zweck entgegen, den „die Wirtschaft“ behauptetermaßen verfolgt: die Befriedigung der gesellschaftlichen Be-

dürfnisse durchs „Wirtschaften mit knappen Mitteln“. Die wichtigste Ressource des Menschen, die nach Spinozas Einsicht die anderen Menschen sind, wird quasi verramscht. Der Zweck aller Zwecke, das gute menschenwürdige Leben, das nur in Gesellschaft möglich ist, wird zum Mittel degradiert für das, was nur als Mittel zu jenem Zweck legitim wäre und sich so zum Zweck aufschwingt.

Angewandt auf die Hochschulen, kommt etwas heraus, von dem Wolf-Dieter Narr 2004 gesagt hat, es habe mit fast all dem, was er als seine Universität und seinen wissenschaftlichen Beruf angesehen hat, „zunehmend nichts mehr zu tun“. Da seine geplante Max-Weber-Vorlesung in keines der neuen „Module“ passte und dafür also auch keine „credit points“ gegeben würden, sah er keinen Sinn mehr darin, sie zu halten (2004, 6). Sein „Zorn gilt einer Hochschul- und Bildungspolitik, die perspektivlos, töricht und unverantwortlich das Lernvermögen preisgibt“ (ebd.). Er begreift sie als „einseitig technologisch ausgerichtet. In ihr „herrscht die *private-public partnership*, sprich das kapitalistisch private Interesse vor. Darum können die Sozial- und Geisteswissenschaften krankgeschrumpft werden. Auf der anderen Seite werden Lehr- und Lernprozesse, möglichst unvermittelt arbeitsmarktpolitisch ausgerichtet, darauf geeicht, mobile und flexible Charaktere zu produzieren, die kostengünstig unterzubringen oder arbeitslos stillzustellen sind“, während auf der anderen Seite „neufeudal zugeschriebene – nicht leistend erworbene – *Centers of Excellence*“ die Qualitätsauslese hervorbringen sollen. „Der fundamentlose Standard-, Abschlussformen- und Evaluierungszirkus ist mit seinem hektischen äußerlichen, konkurrenztümmelnden Schein mit freilich negativen Lernfolgen kaum zu überbieten“ (7). Als „Allerheiligstes“ von Lehre und Lernen, ja als „Herz der Universität“, nennt dieser Kantianer und Max Weberianer „die Freiheit des Studierens“ und, „von ihr hergeleitet: die Freiheit des Lehrens“ (ebd.).

Der Witz bei alledem ist, dass das Opfer dieser beiden Freiheitsrechte umsonst gebracht zu werden scheint. „Auch

immanent betrachtet, wird das nicht funktionieren“ (Narr 2004, 7). Jürgen Helmchen kommt zum selben Schluss und hält die Begründung mit europäischer Standardisierung oder angeblichen internationalen Standards daher für vorgeschoben. Im Kern geht es nach seiner Überzeugung „um die Unterwerfung von Wissenschaft und Forschung, Studium und Lehre unter eine bestimmte Politik der verwertungsorientierten Arbeitskraftproduktion“ (35), und um den Austausch einer „vermeintlich „alten“ Elite durch eine neue, mit neoliberalen Konzepten konformgehende“ (36). Auf dem Spiel steht der „gesellschaftlich geschützte Raum öffentlicher und partikularen Interessen entzogener Erzeugung und Vermittlung des Wissens“. Allzulange haben dazu geschwiegen, fügt Helmchen hinzu, dass die „Reflexionsfähigkeit von Zielvorstellungen“, die hier gedeiht, „von feixenden Schreiberlingen der Lächerlichkeit preisgegeben“ worden ist. Aus den für den erfahrenen Hochschullehrer offensichtlichen Widersprüchen zwischen verkündetem Ziel etwa der Modularisierung und erreichbarer Wirkung schließt Helmchen, „dass derlei „Reformen“ in Wirklichkeit kriseninduzierte Machtverteilungskämpfe darstellen“ (37). Tilman Reitz und Susanne Draheim kommen in ihrer Erkundung der möglichen Rationalität der Hochschulreform und ihrer, wie sie mit Robert K. Merton sagen, „latenten Funktionen“ denn auch zu dem Befund: „Im Einzelnen jedoch wird das, was niemand gewollt hat, wohl auch so beschaffen sein, dass es sich kaum jemand hätte wünschen können.“ (2006, 392)

7. Keine einfache Lösung. Gefordert das „Operierenkönnen mit Antinomien“ (Brecht) für die „Ökonomie des ganzen Hauses“

Wie steht es denn nun mit der Universität, die für die meisten von uns nicht nur einen baconschen Ort darstellt, wo die Gesellschaft die Natur ausspähen lässt, um ihre Macht über sie zu erweitern, sondern auch einen Ort ihrer Selbstreflexion in Geschichte und Gegenwart. Gegenüber den herrschenden Tendenzen der Gesellschaft registrieren wir nicht mehr nur „jene

ohnmächtige Spielart des Realismus, die nichts anderes mehr bedeutet als die kritiklose Hinnahme des Bestehenden“, wie Klaus Heinrich sie vor 40 Jahren an der Freien Universität beschrieb (1967, 95), sondern z. T. ein fast als panisch zu beschreibendes Mitmachen, wobei es „weder einen inhaltlichen Begriff von Wissenschaft noch einen inhaltlichen Begriff von Demokratie mehr gibt“ und „Wissenschaftlichkeit gerade im Absehen von den mögliche Folgen“ besteht (100). Den Kern jenes panischen Mitmachens können wir mit Karl Polanyi dahingehend beschreiben, dass „die Warenfiktion [...] ein entscheidendes Organisationsprinzip für die Gesellschaft als Ganzes [liefert ...] wonach keine Vorkehrungen oder Verhaltensweisen zugelassen werden dürfen, die das Funktionieren des Marktmechanismus im Sinne der Warenfiktion verhindern“ (1944/1977, 100). „Aber keine Gesellschaft könnte die Auswirkungen eines derartigen Systems grober Fiktionen auch nur kurze Zeit ertragen, wenn ihre menschliche und natürliche Substanz sowie ihre Wirtschaftsstruktur gegen das Wüten dieses teuflischen Mechanismus nicht geschützt würden.“ (Ebd.)⁸

Nicht die Wirtschaftlichkeit steht in Frage, sondern die Richtlinienkompetenz im Blick auf sie. Um den Unterschied zu verdeutlichen, heißt es bei Oskar Negt: „Lebendige Arbeit, Kultur und Technik bilden jenes Entwurfsdreieck, auf dem die Fundamente einer ‚Ökonomie des Ganzen Hauses‘ ruhen.“ (2001, 408) Hieran schließt sich die Erinnerung an ein Postulat, das der gesamten abendländischen Werteordnung zugrunde liegt: „Der Staat muss die Politische Ökonomie des Gemeinwesens den Kapitalinteressen überordnen.“ (287) Unsere Frage, ob Wirtschaftlichkeit ein Kriterium für Wissenschaft sei, wird bearbeitbarer, wenn wir Negts Einsicht einfügen, dass an Stelle der einen Wirtschaft der „machtpolitische Kampfplatz zweier Ökonomien“ (406) besteht, wobei um die Hierarchie der privaten Profitlogik im Verhältnis zur Logik der Ökonomie des ganzen Hauses gerungen wird. Damit ist freilich keine einfache

⁸ Der gesamte erste Teil von Polanyis Buch ist überschrieben: „Die Teufelsmühle“ (53).

Lösung bezeichnet. Die Anforderungen, die im Blick auf den Weltmarkt an die Hochschulen gerichtet werden, lassen sich nicht einfach abweisen. Vielmehr ist die politische Kunst des „Operieren-könnens mit Antinomien“ nötig, wie es in einer der politisch-theoretischen Notizen von Bertolt Brecht heißt.

Zuerst aber einmal stellt sich der Universität, in den Worten Klaus Heinrichs, die alte, immer wieder neu anzugehende Aufgabe, „der Gesellschaft, deren Teil sie ist, das Bewusstsein ihrer selbst zu geben, das sie ihre unbewältigten Konflikte erst einmal erkennen lässt“ (101). Dazu gehört, aus der Zweideutigkeit der Rede vom „Abgott Wirtschaftlichkeit“ herauszutreten und unverstellt die Verhältnisse, wie sie sind, zu analysieren und zu benennen. Es ist, als herrschte an der Universität noch immer die im Kalten Krieg virulente Angst, durch die unmissverständliche kritische Thematisierung des Kapitalismus in den Ruch des Antikapitalismus zu geraten. Man war voreilig, selbst von bürgerlichem Standpunkt, als man die marxische Kapitaltheorie als irrelevant abgetan hat. Als Kapitalismustheoretiker erlaube ich mir den Rat: Nicht nur wer einfach keine Alternative zum Kapitalismus sieht und sich mit diesem resigniert abfindet, sondern selbst wer den Kapitalismus für die beste aller möglichen Betriebsformen der gewerblichen gesellschaftlichen Arbeit hält, sollte erkennen, dass er ohne Eindämmung, ohne dass ihm Politik und Kultur kräftige Grenzen setzen, geradenwegs in jene hochtechnologisch ausgestattete Barbarei führt, die uns die Literatur des Cyber Punk seit langem ausmalt. Dieses Problem zu denken zu wagen und ins Freie zu bringen ist integraler Bestandteil jener konkreten Utopie, die für viele von uns die Universität einmal bedeutet hat. Sie zu erneuern unter den heutigen Bedingungen und zu lernen mit den unabweisbaren Antinomien zu operieren, was könnte es Nützlicheres geben für die „Wirtschaft des ganzen Hauses“.

Literatur

- Aristoteles: *Politik*, übersetzt und herausgegeben von Olof Gigon, Zürich-München 1971.
- Ders.: *Opera Omnia*, graece et latine, 2 Bde., Paris 1927.
- Bultmann, Thorsten: *Harvard in Disneyland. Deutschland bastelt sich seine Elite*, in: *Forum Wissenschaft* 2/2004, 34–37.
- Ders.: *Demnächst vogelfrei*, in: *Forum Wissenschaft*, 23. Jg., 2006, H. 4, 3133.
- Draheim, Susanne u. Tilman Reitz: *Streit der Exzellenzen. Die konservative Kritik des deutschen Bologna-Prozesses*, in: *Das Argument* 272, 49. Jg. 2007, H. 4, im Druck.
- Haug, Frigga: *Terrainverschiebungen für eine Politik der Arbeit*, in: *Das Argument* 230, 41. Jg., 1999, H. 2/3, 434–43.
- Haug, Wolfgang Fritz: *Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken*, Hamburg 1989, 2. Aufl. 1990.
- Ders.: *High-Tech-Kapitalismus. Analysen zur Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie*, Hamburg 2003, 2. Aufl. 2005.
- Heinrich, Klaus: *Erinnerungen an das Problem einer freien Universität*, in: *Das Argument* 43, 9. Jg., 1967, H. 2/3, 92–102.
- Helmchen, Jürgen: *Brave new science – oder Die „Lösung von Problemen durch ihre Produktion*, in: *Forum Wissenschaft*, 22. Jg., 2005, H. 1, 34–37.
- Keller, Andreas: *Auslaufmodell Juniorprofessur*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Sept. 2004, 1038–41.
- Kemp, Wolfgang: *Wortschatz des Neu-Akademischen Effizienzlerntums (NAE)*, in: FAZ, 7.11.2003.
- Markard, Morus: *Wohlabgerichteter Hund, nutzbare Maschine* in: *Forum Wissenschaft*, 22. Jg., 2005, H. 1, 38 f.
- Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Werke*, Berlin 1958ff (zit. MEW)
- Narr, Wolf-Dieter: *Studienordnungen als Erziehungsinstrument. Zur Beseitigung von Wissenschaft an der FU Berlin*, in: *Forum Wissenschaft*, 21. Jg., 2004, H. 3, 6–10, hier: 6.
- Negt, Oskar: *Arbeit und menschliche Würde*, Göttingen: Steidl 2001.
- Polanyi, Karl: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Wirtschaftssystemen* (1944), Wien 1977.
- Reitz, Tilman u. Susanne Draheim: *Die Rationalität der Hochschulreform. Grundzüge eines postautonomen Wissensregimes*, in: *Soziale Welt*, 57 (2006), 373–96.
- Ruschig, Ulrich: *Universität im Kapitalismus – ein besonderer Tanz um das goldene Kalb*, in: *Das Argument* 272, 49. Jg. 2007, H. 4, im Druck.

- Schwägerl, Christian: *Nur Megafusionen sind tabu. Wie die Helmholtz-Gemeinschaft die Grenzen zur universitären Forschung aufbricht*, in: FAZ, 25.5.2007, 12.
- Verzola, Roberto: *Cyberlords: The Rentier Class of the Information Sector*, 1998, <http://www.igc.org/trac/internet/corpspeech/cyberlords.html>.
- Weiler, Hans N.: *Profil – Qualität – Autonomie. Die unternehmerische Hochschule im Wettbewerb*, Vortrag an der Wirtschaftsuniversität Wien, 14.4.2005, zit. n. Bultmann 2006.
- Winnacker, Ernst-Ludwig: *Unter jedem Stein glänzt ein Diamant. Unterwegs in das Jahrhundert der Naturforschung*, FAZ, 18.9. 2000, 60.